

# AMNESTY 2018

ZUR LAGE DER MENSCHENRECHTE

AMNESTY  
INTERNATIONAL



## Inhalt

- 2 Vorwort
- 3 Kumi Naidoo – Seite an Seite mit starken Frauen
- 6 #ToxicTwitter – Wenn die Stimmen von Frauen fehlen
- 8 Arbeit & Gleichberechtigung – Ein weiter Weg
- 10 Perspektiven für Menschen auf der Flucht
- 14 Waffenexporte befeuern Krieg im Jemen
- 16 Afrika – Mutiger Einsatz für Menschen und ihre Rechte
- 18 Naher Osten und Nordafrika – Entschlossener denn je
- 22 Europa & Zentralasien – Gemeinsam für das, was uns verbindet
- 28 Südostasien und Pazifikregion – Große Herausforderungen
- 32 Ostasien – Optimismus trotz repressiver Maßnahmen
- 34 Südasien – Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit
- 40 Amerika – Mutiges Engagement unter gefährlichen Bedingungen
- 42 Fünf Frauen an vorderster Front für die Menschenrechte
- 46 Was wir 2018 erreicht haben und was noch zu tun ist
- 50 Geburtsrecht – Eine persönliche Sicht auf den 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

## Das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu. 70 Jahre ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nun alt. Wir haben einen weiten Weg zurückgelegt und wollen wissen: Wo stehen wir heute?

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte schreibt Rechte fest, die wir alle teilen – einzig und allein deswegen, weil wir Menschen sind. Die Vision: eine Welt, in der alle Menschen frei sind und die gleichen Rechte haben. Diesem Ziel sind wir seit der Unterzeichnung der Erklärung im Jahr 1948 jedes Jahr ein Stück nähergekommen. Immer mehr Menschen führen ein Leben frei von Not, Furcht und Diskriminierung. Zugleich passieren immer wieder Rückschläge. Kriege, Ausgrenzung, ungleiche Ressourcenverteilung und schlechte Regierungsführung sind nur einige der Gründe, weshalb viele von uns nach wie vor nur eingeschränkten Zugang zu ihren Rechten haben.

Mit diesem Überblick beleuchten wir einige der wichtigsten Menschenrechtsthemen von 2018. Wir nehmen die entscheidendsten Momente aus verschiedenen Weltregionen unter die Lupe, skizzieren einflussreiche Protestbewegungen und begutachten die Lage der Frauenrechte. Außerdem würdigen wir die Arbeit der unzähligen weltweit aktiven Menschenrechtsverteidiger\*innen. Und wir ehren jene, die ihr Engagement mit ihrer Freiheit oder gar mit dem Leben bezahlt haben. Aus ihrem Mut schöpfen wir immer wieder aufs Neue die Kraft, weiter für die Menschenrechte zu kämpfen. ■

*Annemarie Schlack*

Annemarie Schlack  
Geschäftsführerin Amnesty International Österreich

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von über 7 Millionen Menschenrechtsverteidiger\*innen. Wir nehmen Ungerechtigkeit persönlich. Wir kämpfen für die Rechte aller Menschen – für Freiheit, für das Recht zu lieben, wen man will, für das Recht, frei die Meinung zu äußern oder für das Recht auf Schutz vor Verfolgung. Mit starken Kampagnen bündeln wir unsere Kräfte – weltweit.

Erstveröffentlichung 2018  
Amnesty International Ltd Peter Benenson House, 1 Easton Street  
London, WC1X 0DW GROSSBRITANNIEN  
Index: POL 10/9090/2018  
Originalsprache: Englisch  
Originaltitel: Rights Today – Why our Movement matters  
Verbindlich ist das englische Original

Medieninhaber, Verleger, Herausgeber Amnesty International  
Österreich Anschrift 1160 Wien, Lerchenfeldergürtel 43/4/3  
E-Mail magazin@amnesty.at Vereinsregister ZVR 40740 8993  
Offenlegung gem §25 MedienG siehe www.amnesty.at/impressum

Titelbild: Internationaler Frauentag, Buenos Aires, Argentinien, 8. März 2018 © Reuters/Marcos Brindicci

# Seite an Seite mit starken Frauen

KUMI NAIDOO, GENERALSEKRETÄR

Die Welt feiert in diesem Jahr den 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieses Dokument, das am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, vereinte die internationale Gemeinschaft auf nie dagewesene Weise und erwies sich als schlagkräftiges Mittel gegen die Ungerechtigkeit in der Welt.

Aktivist\*innen protestieren für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Buenos Aires, Argentinien, 8. August 2018. © Reuters/Marcos Brindicci

## Heute können wir beobachten, wie eine schwache Weltwirtschaft aufgeblasene Führungsfiguren hervorbringt, die sich mit Macho-Getue, Frauen- und Homo-feindlichkeit sowie Rassismus als „harte Kerle“ inszenieren. Das erinnert an den Aufstieg des Faschismus in den 1930er Jahren, der im Grauen des Holocaust gipfelte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Grundsatz „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ waren eine unmittelbare Reaktion darauf.

2018 erlebten wir, wie viele der „harten Kerle“ versuchten, diesen Gleichheitsgrundsatz, auf dem die Menschenrechtsnormen fußen, zu untergraben. Sie legten es darauf an, an den Rand gedrängte und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen zu verteufeln und zu verfolgen. Der Kampf um Gleichheit war in diesem Jahr jedoch da besonders laut und sichtbar, wo es um Frauenrechte ging.

### DIE STIMMEN VON FRAUEN

Frauen führten den Kampf um die Menschenrechte 2018 weltweit an. In Indien und Südafrika gingen Tausende auf die Straße, um gegen die weit verbreitete sexualisierte Gewalt zu protestieren. In Saudi-Arabien und im Iran riskierten Aktivistinnen ihre Festnahme, als sie sich dem Fahrverbot und dem Kopftuchzwang widersetzten. In Argentinien, Irland und Polen gab es große Demonstrationen, die sich gegen repressive Abtreibungsgesetze richteten. In den USA, Europa und Japan nahmen erneut Millionen Frauen an Demonstrationen teil, die #MeToo-Aktivistinnen initiiert hatten, um gegen Frauenhass und sexualisierte Gewalt zu protestieren. Im Nordosten Nigerias schlossen sich Tausende geflüchtete Frauen zusammen, die Gewalt durch Boko-Haram-Kämpfer und nigerianische Sicherheitskräfte erlitten hatten, und forderten Gerechtigkeit.

Frauen meldeten sich unglaublich machtvoll zu Wort. Die eindringlichen Rufe, Frauenrechte endlich zu respektieren, führten in Irland dazu, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung für die Abschaffung des Abtreibungsverbots stimmte. In Saudi-Arabien erhielten die Frauen endlich das Recht, Auto zu fahren. In Island und Schweden wurden Gesetze verabschiedet, die Sex

ohne Einwilligung der Beteiligten als Vergewaltigung einstufen. In den USA lösten Vorwürfe sexualisierter Übergriffe Schockwellen im patriarchalen Hollywood aus und brachten die jahrzehntelange Straflosigkeit ins Wanken.

### DIE HARTE REALITÄT

Dass sich Frauen immer stärker zur Wehr setzen, ist beeindruckend. Doch wir dürfen nicht vergessen, warum gerade sie so hart kämpfen müssen. Die nüchterne Wahrheit ist, dass viele Regierungen auch 2018 noch unverhohlenen politische Maßnahmen und Gesetze unterstützten, die Frauen bevormunden und unterdrücken.

40 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter weltweit leben in Ländern, in denen die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs stark eingeschränkt ist, und rund 225 Millionen haben keinen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln. El Salvador weigerte sich 2018, trotz vielfältiger Initiativen und Proteste, vom absoluten Abtreibungsverbot abzurücken, und der argentinische Senat stimmte mit knapper Mehrheit gegen ein Gesetz, das einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten 14 Wochen gestattet hätte. In Polen und Guatemala verlangten Abgeordnete erneut strenge Abtreibungsgesetze, während in den USA Mittelkürzungen für Kliniken, die Familienplanung anbieten, die Gesundheit von Millionen Frauen gefährdeten.

Geschlechtsspezifische Gewalt trifft in besonderem Maße Frauen, transgeschlechtliche Menschen und andere, die nicht den Geschlechternormen entsprechen. Diese Menschenrechtsproblematik wird von Politiker\*innen aber nach wie vor ignoriert. Im Juli entschied Bulgarien, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Ge-

walt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) nicht zu ratifizieren, nachdem das bulgarische Verfassungsgericht es als „verfassungswidrig“ eingestuft hatte. Im August ratifizierte Luxemburg die Istanbul-Konvention als 33. Land. Doch obwohl sich inzwischen verhältnismäßig viele europäische Staaten dazu verpflichtet haben, diese Konvention einzuhalten, zeichnen die Statistiken immer noch ein düsteres Bild.

Berichten zufolge erlebt jedes zehnte Mädchen bis zum 20. Lebensjahr einen sexualisierten Angriff, gleichzeitig erkennt nur ein Drittel aller EU-Staaten Sex ohne Einwilligung als Vergewaltigung an. Frauen aus Konfliktregionen in Nigeria, Irak, dem Südsudan und Myanmar schilderten Amnesty International die furchtbare sexualisierte Gewalt, die sie erlitten haben. Oft waren Sicherheitskräfte ihres eigenen Landes die Täter.

Weltweit erleben Frauen spezifische Menschenrechtsverletzungen, weil sie in mehrfacher Weise diskriminiert werden – zum Beispiel aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe oder ihres sozioökonomischen Hintergrunds. So sind in Somalia Frauen mit Behinderungen häufig von Zwangsverheiratung und häuslicher Gewalt betroffen. In Kanada werden indigene Frauen überdurchschnittlich oft Opfer von Gewalttaten – ihr Risiko, ermordet zu werden, ist sechsmal höher als für andere Frauen. Als Teil der Frauen- und Menschenrechtsbewegungen müssen wir die Auswirkungen dieser Mehrfachdiskriminierungen stärker in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass die Stimmen der am stärksten ausgegrenzten Menschen Gehör finden.

Der Widerstand und die Protestaktionen von Frauen haben in Lateinamerika

und Europa reaktionäre Gruppen auf den Plan gerufen, die sich einer neuen Strategie bedienen, um menschenrechtliches Engagement zu bekämpfen. Feminist\*innen und Aktivist\*innen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI) einsetzen, sind in ihren Augen „Vertreter\*innen einer Gender-Ideologie“, die eine existenzielle Gefahr für „Ehe und Familienwerte“ darstellen. Diese Gruppen versuchen häufig, Frauen und LGBTI-Aktivist\*innen, die sich für Menschenrechte stark machen, zum Schweigen zu bringen. Zum Beispiel durch Hetzkampagnen in den sozialen Medien. Das bedeutet, dass Aktivist\*innen jeglichen Geschlechts, die für Gleichberechtigung eintreten, zusätzlich noch darum kämpfen müssen, sich überhaupt äußern zu können.

Amnesty International hat 2018 eine Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen im Netz vorgelegt – eine der ersten Studien dieser Art. Sie bestätigt, was viele Frauen bereits wussten: Soziale Medien sind Segen und Fluch zugleich. Sowohl die entsprechenden Unternehmen als auch die Regierungen versagen auf ganzer Linie, wenn es darum geht, Nutzer\*innen vor massiver Anfeindung in den sozialen Medien zu schützen. Dies führt vor allem bei Frauen zu Selbstzensur oder dazu, die Netzwerke ganz zu verlassen.

Gleichzeitig haben soziale Medien in manchen Teilen der Welt dazu beigetragen, dass Forderungen von Frauen nach mehr Gleichberechtigung am Arbeitsplatz größere Verbreitung fanden. Dieser Kampf, der nicht erst seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten geführt wird, ging 2018 weiter, indem einmal mehr die Forderung erhoben wurde, Frauen endlich gleich zu entlohnen. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen beträgt derzeit weltweit 23 Prozent. Frauen verdienen im Durchschnitt nicht nur weniger Geld als Männer für dieselbe Arbeit, sondern verrichten auch häufiger unbezahlte Arbeit und arbeiten öfter in informellen, unsicheren und unqualifizierten Jobs. Ein Hauptgrund für diesen Missstand sind soziale Normen, die Frauen und ihre Arbeit als minderwertig ansehen.

Ohne Gleichberechtigung am Arbeitsplatz werden Frauen weiterhin diejenigen sein, die den Preis für den verhaltenen weltwirtschaftlichen Aufschwung bezahlen. Berichten zufolge gehen in Großbritannien die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre zu 86 Prozent zu Lasten von Frauen, da sie vielfach auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Seit Menschengedenken herrscht in den meisten Gesellschaften ein Teufels-

kreis der Diskriminierung, der durch Geschlechterhierarchien und -normen aufrechterhalten wird. Die politische Teilhabe von Frauen ist unverzichtbar, um Gesetze abzuschaffen, die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit festzuschreiben. Obwohl sich 2018 mehr Frauen als je zuvor für öffentliche Ämter zur Wahl stellten, geht der Fortschritt nur äußerst mühsam vonstatten: Derzeit sind lediglich 17 Prozent aller Staats- und Regierungschefs und nur 23 Prozent aller Abgeordneten weltweit Frauen.

### CHANCEN FÜR VERÄNDERUNG

Der 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bietet Gelegenheit zum Rückblick. Für die Frauen und Männer, die an ihrer Entstehung mitwirkten, war die Menschenrechtserklärung eine epochale Errungenschaft. Auf Drängen einer Frau, nämlich der indischen Delegierten Hansa Mehta, wurde Artikel 1 der Erklärung, der in der englischen Version zunächst „All men are born free and equal“ lautete, in „All human beings are born free and equal“ abgeändert. Hansa Mehtas Befürchtung, Frauen könnten aus dem Menschenrechtsschutz ausgeschlossen werden, war berechtigt. Denn 70 Jahre später kämpfen wir immer noch darum, dass Frauenrechte als Menschenrechte anerkannt werden. Eine der dringendsten Aufgaben von Regierungen ist deshalb, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu erfüllen, diese internationale Grundrechte-Charta für Frauen auf nationaler Ebene umzusetzen und damit sicherzustellen, dass Frauen frei von Diskriminierung und Gewalt leben können.

Mit 189 Vertragsstaaten ist das CEDAW-Übereinkommen der am zweithäufigsten ratifizierte Menschenrechtsvertrag. Doch den politischen Lippenbekenntnissen der Regierungen müssen endlich Taten folgen. Wenn die unbestreitbare Zunahme frauenrechtlichen Engagements in diesem Jahr etwas beweist, dann, dass die Menschen Lippenbekenntnisse nicht länger akzeptieren. Das gilt auch für uns. Amnesty International wird sich 2019 noch stärker als bisher dafür einsetzen, dass Unterzeichnerstaaten ihre Vorbehalte gegen einzelne Artikel des CEDAW-Übereinkommens aufgeben und notwendige, mutige Schritte unternehmen, um die Rechte von Frauen in vollem Umfang zu gewährleisten. Wir müssen Frauenbewegungen mehr denn je unterstützen, die vielfältigen Stimmen von Frauen verstärken und für die Anerkennung unser aller Rechte eintreten. Ich hoffe, du bist dabei! ■

2017 wurde der Pride March in Istanbul zum dritten Mal verboten. Organisator\*innen und Teilnehmer\*innen widersetzten sich, woraufhin sie mit Hilfe eines massiven Polizeiaufgebots an der Durchführung der geplanten Demonstration gehindert wurden. Die Menge wurde mit Tränengas aufgelöst. Istanbul, Türkei, 25. Juni 2017. © Chris McGrath/Getty Images

# ES BEGINNT HIER



**SCHREIBEN WIR GESCHICHTE.**

[esbeginnthier.at](http://esbeginnthier.at)